

# Corona trifft Vereine hart

Studie: Staatliche Hilfen gehen an Bedürfnissen vorbei

cbu. BERLIN. Viele kleine gemeinnützige Vereine drohen durch die Corona-Pandemie unter die Räder zu kommen. Das ist das Ergebnis einer Studie zum Zustand der Zivilgesellschaft des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft, die an diesem Montag veröffentlicht werden soll.

Während Wirtschaftsunternehmen in der Krise milliardenschwere Unterstützung vom Staat bekommen haben, sei die Zivilgesellschaft über weite Strecken ausgeblendet worden, obwohl die Akteure einen wesentlichen Beitrag zur Bewältigung der Krise leisten, monieren die Autoren der Studie. Das liege kurioserweise auch daran, dass sie wegen der Corona-Auflagen – anders als früher und im Gegensatz zu rechten Gruppierungen – nicht durch Demonstrationen auf sich aufmerksam machen konnten. Hinzu kommt, dass sie staatliche Hilfsangebote häufig nicht nutzen können, weil diese an besondere Voraussetzungen geknüpft und teilweise als Darlehen konzipiert sind.

Dabei ist die Lage der gemeinnützigen Vereine in Deutschland durchaus unterschiedlich. Viele Sportvereine haben weniger Probleme, weil Spenden und Mitgliedsbeiträge weiterfließen, außerdem sind sie in großen Verbänden organisiert, die wie der Olympische Sportbund ihre Stimme in den vergangenen Monaten erhoben haben. Schwierigkeiten haben dagegen die zahlreichen kleinen, gemeinnützigen Vereinigungen, die ihr Unabhängigkeit über viele niedrige finanzielle Beiträge sichern.

Diese hätten sich in dieser Zeit besonders um die Gesellschaft verdient gemacht, unterstreicht das Institut, weil sie

Hilfe für gefährdete Gruppen organisiert, aber auch „autoritäre Auswüchse staatlicher Maßnahmen“ kritisch begleitet hätten. Und gerade diese seien nun in ihrer Existenz bedroht. Bisher seien die Spenden zwar, anders als erwartet, noch nicht eingebrochen, betonte das Institut. Allerdings rechnen die Organisatoren der Studie innerhalb der nächsten ein oder zwei Jahre mit „erheblichen Spendenausfällen“.

Erschwert werde ihnen die Arbeit auch durch strengere Maßgaben bei der Anerkennung der Gemeinnützigkeit, die der Bundesfinanzhof (BFH) im vergangenen Jahr in einem Grundsatzurteil zur globalisierungskritischen Organisation Attac aufgestellt hat, betonte Stefan Diefenbach-Trommer von der Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“. In dem Grundsatzurteil haben die Richter klargestellt, dass eine allzu politische Ausrichtung einer Vereinigung dazu führt, dass sie ihren Status der Gemeinnützigkeit verliert. Neben Attac waren auch die Aktivistengruppe Campact und andere Vereine von der Rechtsprechung betroffen.

Das bedeutet nicht nur, dass sie keine Spendenquittungen mehr ausstellen können, sondern auch, dass sie nicht von speziellen Steuererleichterungen in der Corona-Krise profitieren, die Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) im April vorgestellt hat.

Auch einige staatliche Förderprogramme sind direkt an die Gemeinnützigkeit geknüpft. Scholz hatte im Nachgang zu dem Urteil versprochen, die Gemeinnützigkeit in solchen Fällen durch eine Änderung der Abgabenordnung zu ermöglichen. Bislang ist dies allerdings nicht geschehen.